

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROPÄISCHER RAT AM 16./17.12.2010: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Der Europäische Rat (ER) hat sich darauf geeinigt, den Vertrag über die Arbeitsweise der EU zu ändern. In Art. 136 AEUV soll eine Befugnis für die Euroländer aufgenommen werden, einen ständigen Europäischen Stabilitätsmechanismus zu schaffen, der aktiviert wird, wenn es zur Wahrung der Stabilität des Euroraums unabdingbar ist. Die Vertragsänderung soll im vereinfachten Verfahren nach Art. 48 Abs. 6 AEUV erfolgen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/118604.pdf

EP-PLENUM VOM 13.-16.12.2010 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Bei der letzten Plenarsitzung 2010 stand die Debatte zum ER im Mittelpunkt. Während EVP-Fraktionschef *Daul* und der Vorsitzende der CDU-CSU-Gruppe, *Langen*, vor allem den überschuldeten Mitgliedstaaten die Schuld an der aktuellen Krise gaben, kritisierten die Fraktionschefs von S&D und GRÜNEN, *Schulz* und *Cohn-Bendit*, Mitgliedstaaten, die sich der Verpflichtung zur Solidarität entziehen wollten. Auch ALDE-Fraktionschef *Guy Verhofstadt* forderte mehr Solidarität. In einer Entschließung zur Schaffung eines ständigen Krisenmechanismus sprach sich eine Mehrheit für die Prüfung der Einführung von Euro-Bonds aus. Unter den Beschlüssen ist die Annahme des EU-Haushalts 2011 besonders wichtig.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-106348-001-01-01-901-20101203FCS06328-01-01-2006-2006/default_de.htm

RATSSCHLUSSFOLGERUNGEN ZUR ERWEITERUNG

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten hat am 14.12.2010 ausführliche Schlussfolgerungen zum „Erweiterungspaket“ der Kommission angenommen. Dabei riefen die Außenminister erstmals dazu auf, bilaterale politische Konflikte, die Fortschritte bei Erweiterungsverhandlungen behindern, in einem konstruktiven Geist unter Berücksichtigung der Gesamtinteressen der EU zu lösen.



KOMMISSION BESETZT SPITZENPOSITIONEN NEU

Die Kommission hat eine Reihe von Spitzenpositionen neu besetzt. *Dr. Marianne Klingbeil*, wurde zur Stellvertretenden Generalsekretärin und damit einer der drei Stellvertreter von Generalsekretärin *Catherine Day* ernannt. *Dr. Rudolf Mögele*, Direktor für landwirtschaftliche Rechtssetzung, wurde zu einem der vier stellvertretenden Generaldirektoren in der Generaldirektion Landwirtschaft ernannt. Der bisherige rumänischen Landwirtschaftsminister *Mihail Dumitru* wurde zum Direktor in der Generaldirektion Landwirtschaft ernannt. Der aus Bremen stammende Ökonom *Kai-Uwe Kühn* wurde zum neuen ökonomischen Chefberater (Chefvolkswirt) in der Generaldirektion Wettbewerb ernannt. *Giovanni Kessler*, Präsident der gesetzgebenden Versammlung der autonomen Provinz Trento, wurde zum neuen Generaldirektor des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung OLAF und damit Nachfolger von *Franz-Hermann Brüner*, der im Januar 2010 verstorben ist.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

EP-PLENUM 13.-16.12.2010 IN STRASSBURG: INNENPOLITIK

- Einwanderung: Bericht zur „Rahmenrichtlinie“ abgelehnt und an die Ausschüsse zurückverwiesen
- Zustimmung zu besserem Status für anerkannte Flüchtlinge.

EP STIMMT VERORDNUNG ÜBER EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ZU – RAT WIRD IN KÜRZE FOLGEN

Das EP hat dem mit Rat und Kommission vereinbarten Wortlaut der Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative zugestimmt. Die förmliche Annahme durch den Rat wird im Januar 2011 erfolgen, so dass ab Anfang 2012 Bürgerinitiativen auf EU-Ebene möglich sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1720&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

KOMMISSION WILL LEICHTERE EU-WEITE ANERKENNUNG VON PERSONENSTANDSDOKUMENTEN

Die Kommission hat in ihrem Bericht zur Unionsbürgerschaft 25 Initiativen „zur Verbesserung des täglichen Lebens von EU-Bürgern“ angekündigt. Dazu gehört auch ein Grünbuch „Weniger Verwaltungsaufwand für EU-Bürger: Den



freien Verkehr öffentlicher Urkunden und die Anerkennung der Rechtswirkungen von Personenstandsurkunden erleichtern“, das die Kommission am 14.12.2010 angenommen hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1704&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0747:FIN:DE:PDF>

RAT BEGRÜSST KOMMISSIONSMITTEILUNG ZUM KATASTROPHENSCHUTZ

Der Rat hat Schlussfolgerungen zur Kommissionsmitteilung „Auf dem Weg zu einer verstärkten europäischen Katastrophenabwehr: die Rolle von Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe“ angenommen und die Überlegungen zur Weiterentwicklung der bestehenden EU-Katastrophenschutzinstrumente begrüßt. Gleichzeitig betont der Rat, dass Maßnahmen auf EU-Ebene „keineswegs die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für ein Tätigwerden und den Aufbau der notwendigen Kapazitäten in den Bereichen Prävention, Vorsorge und Abwehr untergraben sollen und [...] dass die Mitgliedstaaten die vollständige Kontrolle über ihre nationalen Mittel behalten“.

RAT NIMMT ZU GLÜCKSPIELEN UND WETTEN IN DER EU STELLUNG

Der Rat beschäftigt sich seit 2008 mit dem Sektor Glückspiel, der nicht EU-weit reguliert ist. In Schlussfolgerungen wurde jetzt die Notwendigkeit einer Debatte auf europäischer Ebene im Hinblick auf grenzüberschreitend online Glücksspiele betont. Die Schlussfolgerungen befassen sich mit der Rolle der Regulierungsstellen und ihrer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Daneben wird gesellschaftlichen Beitrag von Lotterie-Dienstleistungen betont. Ausdrücklich begrüßt der Rat die Ankündigung von Binnenmarktkommissar *Michel Barnier*, im Februar 2011 ein Grünbuch vorzulegen.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

EINIGUNG IM RAT ÜBER VERBRAUCHERRECHTERICHTLINIE

Die Verhandlungen über die Richtlinie des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates über Rechte der Verbraucher befinden sich im Rat in ihrer Endphase. Zwar konnte aus Zeitgründen eine allgemeine Ausrichtung auf dem WBF-



Rat am 10.12.2010 nicht mehr erreicht werden, jedoch ist vorgesehen, diese als A-Punkt auf dem Umweltrat am 20.12.2010 herbeizuführen. Der Rat will die Kapitel IV (Verbrauchsgüterkaufrecht) und V (AGB-Kontrolle) aus dem Richtlinienentwurf streichen.

KOMMISSION LEGT EUGVO-NOVELLE VOR

Die Kommission beschloss am 14.12.2010 einen Vorschlag für eine Reform der Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (sog. Brüssel I-Verordnung) aus dem Jahr 2001.

GRÜNBUCH ZUM FREIEN VERKEHR ÖFFENTLICHER URKUNDEN

Am 14.12.2010 veröffentlichte die Kommission ein Grünbuch für den freien Verkehr öffentlicher Urkunden und leitete eine öffentliche Konsultation ein, die bis zum 30.04.2011 andauert. Siehe dazu auch den Beitrag des StMI in diesem EB.

http://ec.europa.eu/justice/policies/civil/docs/com_2010_747_de.pdf

EU-PATENT IM WEGE VERSTÄRKTER ZUSAMMENARBEIT

Auf dem Wettbewerbsfähigkeitsrat am 10.12.2010 sprach sich erneut die überwältigende Mehrheit der Delegationen für ein Vorgehen im Wege der verstärkten Zusammenarbeit aus. Daraufhin beschloss die Kommission am 14.12.2010 einen entsprechenden Vorschlag.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/118426.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11805-ad02.de10.pdf>

PLENARSITZUNG DES EP IN STRASSBURG VOM 13.-16.12.2010

- RL Menschenhandel
- Europäische Schutzanordnung
- ROM III-Verordnung.

KONFERENZ ZUR VORRATSDATENSPEICHERUNG

Auf der Konferenz zur Datenspeicherungsrichtlinie am 03.12.2010 erklärte Kommissarin *Cecilia Malmström*, dass sich die Datenspeicherungsrichtlinie



bewährt habe. Telekommunikationsunternehmer benötigen weiterhin einheitliche Bedingungen. 20 Staaten hätten die Richtlinie umgesetzt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/723&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EUROPÄISCHER RAT AM 16./17.12.2010: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Zentrales Thema des Treffens des ER am 16./17.12.2010 war die Einrichtung eines ständigen Mechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität des Euroraums, auf den sich der ER auf seiner letzten Tagung am 28./29.10.2010 verständigt hatte (siehe EB 18/2010). Hierzu hat sich der ER auf eine Vertragsänderung in Art. 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geeinigt. Danach sollen die Mitgliedstaaten des Euroraums einen Stabilitätsmechanismus einrichten können, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung von Finanzhilfen soll strengen Auflagen unterliegen. Die Vertragsänderung soll im vereinfachten Verfahren durchgeführt werden (sog. „kleine Vertragsänderung“). Nach Einholung einer Stellungnahme des EP, der Kommission und der EZB soll der ER im März 2011 formal über den Text der Vertragsänderung entscheiden. Anschließend bedarf die Vertragsänderung noch der Zustimmung der Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Vertragsänderung soll spätestens am 01.01.2013 in Kraft treten.

Der ER hat daneben bereits die Grundzüge des künftigen permanenten Krisenbewältigungsmechanismus festgelegt und die diesbezügliche Erklärung der Eurogruppe vom 28.11.2010 gebilligt. Danach wird ein Europäischer Stabilitätsmechanismus („European Stability Mechanism“, ESM) mit fallweiser Einbeziehung privater Gläubiger eingerichtet (siehe EB 21/2010). Dieser soll den bisherigen vorübergehenden Krisenbewältigungsmechanismus, also die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), ersetzen. Die Einzelheiten müssen noch festgelegt werden. Der ER hat daher die Finanzminister des Euroraums und die Kommission beauftragt, die Arbeiten an der zwischenstaatlichen Vereinbarung zur Einrichtung des künftigen Stabilitätsmechanismus bis März 2011 ab-



zuschließen.

Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums haben im Rahmen einer politischen Erklärung u.a. klargestellt, dass alles Nötige unternommen werde, um die Stabilität des Euroraums insgesamt zu gewährleisten. Insbesondere werde gewährleistet, dass ausreichende Mittel im Rahmen der EFSF verfügbar sind. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass bisher nur ein sehr begrenzter Teil der Mittel der EFSF durch die Hilfen für Irland gebunden wurde (rund 4 %). Das bedeutet, dass der ER derzeit eine Aufstockung des vorübergehenden Euro-Rettungsschirms nicht für notwendig hält.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/118604.pdf

VERABSCHIEDUNG DES EU-HAUSHALTS 2011

Das Plenum des EP hat am 15.12.2010 den EU-Haushalt 2011 verabschiedet. Am 10.12.2010 hatte der Rat (Wettbewerbsfähigkeit) den EU-Haushalt 2011 bereits als A-Punkt angenommen. Das Thema konnte damit nach langwierigen Diskussionen zwischen Rat und EP in letzter Minute doch noch zu einem guten Abschluss gebracht werden. Die Kommission hatte am 26.11.2010 – nach dem Scheitern des Vermittlungsverfahrens zwischen Rat und EP – einen neuen Entwurf für den EU-Haushalt 2011 vorgelegt. Die Zahlungsermächtigungen betragen im EU-Haushalt 2011 126,5 Mrd. € (+ 2,9 % gegenüber dem EU-Haushalt 2010; ursprünglicher Kommissionsvorschlag: + 5,9 %), die Verpflichtungsermächtigungen 141,8 Mrd. € (+ 0,2 % gegenüber dem EU-Haushalt 2010).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101215IPR10188/html/Parlament-verabschiedet-den-Haushalt-2011>

VERORDNUNGSENTWURF DER KOMMISSION: FRIST FÜR DIE VERWIRKLICHUNG DES EINHEITLICHEN EURO-ZAHLUNGS-VERKEHRSRAUMS (SEPA)

Die Kommission hat am 16.12.2010 einen Verordnungsvorschlag zur Verwirklichung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) veröffentlicht. Der Verordnungsvorschlag sieht EU-weit geltende Enddaten für die Umstellung der nationalen Überweisungen und Lastschriften auf die unlängst geschaffenen Instrumente des einheitlichen EURO-Zahlungsverkehrsraums vor. Enddatum für die Verwirklichung des einheitlichen EURO-Zahlungs-



verkehrsraums soll für Überweisungen 12 Monate und für Lastschriften 24 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung sein. Ab diesem Zeitpunkt werden die bisherigen Kontonummern und Bankleitzahlen also verbindlich durch IBAN und BIC ersetzt. Die Umstellung auf SEPA-Überweisungen und -Lastschriften betrifft dabei nicht nur grenzüberschreitende Zahlungsvorgänge, sondern auch rein nationale Sachverhalte. Die Verordnung muss noch von Rat und EP angenommen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1732&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KOMMISSION ERNENNT GIOVANNI KESSLER ZUM GENERALDIREKTOR VON OLAF

Die Kommission hat am 14.12.2010 nach Konsultation des EP und des Rates Herrn *Giovanni Kessler* (Italien) zum Generaldirektor des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) ernannt. Er ist damit Nachfolger des im Januar 2010 verstorbenen *Franz-Hermann Brüner*.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1717&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR BESEITIGUNG GRENZÜBERGREIFENDER STEUERLICHER HINDERNISSE IN DER EU

Die Kommission hat am 20.12.2010 eine Mitteilung zur Beseitigung grenzübergreifender steuerlicher Hindernisse in der EU vorgelegt. Mit der Mitteilung kündigt die Kommission eine Reihe von Initiativen an. Hierzu gehören u.a. Vorschläge zur Lösung von Doppelbesteuerungsproblemen, zur Beseitigung steuerlicher Hindernisse bei grenzüberschreitenden Erbschaftsangelegenheiten und zur Lösung der Probleme bei der Besteuerung grenzübergreifender Dividendenzahlungen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1751&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP FORDERT STÄRKERE EINBEZIEHUNG DER LOKALEN EBENE BEI DER GESTALTUNG DER EU-REGIONALPOLITIK

Das EP hat am 14.12.2010 zwei Initiativberichte verabschiedet, die sich mit verschiedenen Aspekten der Regionalpolitik befassen. Der Bericht von *Ramona Manescu*, MdEP (ALDE, Rumänien) betrifft das Regelungssystem der



Regionalpolitik („good governance“) und fordert eine effektivere Kontrolle der Regionalpolitik durch die Kommission bei gleichzeitig stärkerer Rolle von Regionen und der lokalen Ebene. Der Bericht von *Petru Luhan*, MdEP (EVP, Rumänien) befasst sich mit der Bedeutung von territorialer, sozialer und wirtschaftlicher Kohäsion für die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU und betont insbesondere die Notwendigkeit, verschiedene EU-Förderinstrumente, wie Regionalpolitik und Forschungsförderprogramme, besser aufeinander abzustimmen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101213IPR09429/html/Parliament-calls-for-regional-policy-with-more-local-involvement>

KONSULTATION ZU MÖGLICHEN GESETZLICHEN ÄNDERUNGEN DES EU-RECHTSRAHMENS FÜR INVESTMENTFONDS

Die Kommission hat am 14.12.2010 eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie 2009/65/EG betreffend Investmentfonds in Form sog. „Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren“ (OGAW) eingeleitet, mit der Möglichkeiten eines besseren Investorenschutzes erörtert werden sollen. Hintergrund sind die Finanzkrise und insbesondere die aufgedeckten Betrugsgeschäfte des US-Investors *Bernard Madoff*. Dazu sollen insbesondere die Vorschriften über die Rolle der OGAW-Verwahrstellen überarbeitet werden, etwa hinsichtlich der Anforderungen an Auswahl, Haftung und Überwachung. Daneben spielen – in Übereinstimmung mit anderen Initiativen der Finanzmarktregulierung – Überlegungen zu Vergütungsregeln für OGAW-Verwalter eine zentrale Rolle, um Fehlanreize zum Eingehen exzessiver Risiken zu verhindern (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/ucits_en.htm

EP BESCHLIESST ÄNDERUNG DER VERORDNUNG ÜBER RATING-AGENTUREN

Am 15.12.2010 hat das EP Änderungen der Verordnung 1060/2009/EG über Ratingagenturen zugestimmt, mit denen die Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA) autorisiert wird, eine unmittelbare Aufsicht über Ratingagenturen auszuüben und diese bei Verstößen gegen geltendes Recht mit Geldbußen zu belegen; je nach Schwere des Verstoßes werden Geldbußen in Höhe von bis zu 20 % des Vorjahresumsatzes möglich sein. Weiterhin wird die ESMA ermächtigt, unangemeldete Durchsuchungen vorzu-



nehmen. Der Rat muss der Änderungsverordnung noch zustimmen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101215IPR10130/html/EU-watchdog-placed-at-the-heart-of-credit-rating-agency-supervision>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

EUROPÄISCHER RAT AM 16./17.12.2010: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Der ER hat sich am 16./17.12.2010 auf die Einrichtung eines ständigen Mechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität des Euroraums geeinigt. Hierzu soll Art. 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ergänzt werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Erklärung ist die Durchführung neuer Belastungstests für den Bankensektor. Der ER bekräftigte weiterhin politische Zusagen wie eine strikte Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten, die Beschleunigung wachstumsfördernder Strukturreformen, die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die Umsetzung eines neuen Rahmens für die makroökonomische Überwachung ab Sommer 2011. Schließlich begrüßte der ER den Bericht des Rates über die Behandlung von Reformen der Altersvorsorgesysteme im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und forderte, dass der Bericht darin seinen Niederschlag finden müsse. Im Weiteren wird auf den Beitrag im Geschäftsbereich des StMF in diesem EB verwiesen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/118604.pdf

EINIGUNG BEI CO₂-GRENZWERTEN FÜR KLEINTRANSPORTER

Der Rat (Umweltrat) hat am 20.12.2010 auf Grundlage einer politischen Einigung mit dem EP vom 15.12.2010 eine stufenweise Absenkung zulässiger CO₂-Grenzwerte für Kleintransporter bis 3,5 t Gewicht beschlossen. Im Schnitt dürfen sie danach ab 2017 höchstens 175 Gramm pro Kilometer (g/km) an CO₂ emittieren, ab 2020 nur noch 147 g/km. Der endgültige Wert für das Jahr 2020 soll im Jahr 2013 nochmals überprüft werden. Die Werte gelten für den Flottendurchschnitt, während für einzelne Fahrzeuge in Abhängigkeit vom Gewicht spezifische Grenzwerte festgelegt werden.



EP FORDERT VERBINDLICHE ENERGIEEFFIZIENZ-ZIELE

Das EP hat am 15.12.2010 den Bericht des dänischen Abgeordneten *Bedt Bendtsen* (EVP) zur Überarbeitung des Energieeffizienz-Aktionsplans angenommen. Darin wird u. a. gefordert, dass sich die EU auf ein verbindliches Ziel zur Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis zum Jahr 2020 festlegt. Ein besonderer Schwerpunkt der geforderten Maßnahmen betrifft die Sanierung bestehender Gebäude, die für rund 40 % des Energieverbrauchs und 36 % der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich seien. Eine Vorreiterrolle bei der Sanierung solle der öffentliche Sektor mit seinen Gebäuden einnehmen, einschließlich der EU selbst. Weiterhin fordert das EP die Verbesserung relevanter Infrastruktur wie etwa Fernwärme- und Fernkühlnetze und die konsequente Umsetzung der Ökodesign- (2009/125/EG) sowie der Energie-Labeling-Richtlinie (2010/30/EU) durch die Mitgliedstaaten.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101215IPR10136/html/Aktionsplan-f%C3%BCr-Energieeffizienz-Energie-sparen-und-Gesetze-umsetzen>

EU-PATENT IM WEGE VERSTÄRKTER ZUSAMMENARBEIT

Am 14.12.2010 hat die Kommission einen Vorschlag über die verstärkte Zusammenarbeit bei der Schaffung eines einheitlichen EU-Patents vorgelegt. Damit folgte sie dem Beschluss der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten auf dem Wettbewerbsfähigkeitsrat am 10.12.2010, bei diesem Thema den Weg der verstärkten Zusammenarbeit zu gehen, nachdem eine Einigung zwischen allen Mitgliedstaaten am Widerstand Italiens und Spaniens gescheitert war. Streitpunkt blieb bis zum Schluss die Sprachenfrage. Der Beschluss zur Genehmigung einer verstärkten Zusammenarbeit beim einheitlichen Patentschutz – gemäß dem Vorschlag der Kommission – muss im EU-Ministerrat nunmehr mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden. Das EP muss (mehrheitlich) zustimmen (s. hierzu den Beitrag des StMJV in diesem EB).

ÜBERARBEITUNG DER WETTBEWERBSRECHTLICHEN VORSCHRIFTEN ÜBER KOOPERATIONSVEREINBARUNGEN ZWISCHEN UNTERNEHMEN

Die Kommission hat am 14.12.2010 ein wettbewerbsrechtliches Reformpaket auf den Weg gebracht, das überarbeitete Leitlinien für die Prüfung horizontaler Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern sowie zwei Gruppenfreistellungs-



verordnungen umfasst. Es soll die Möglichkeit zur Zusammenarbeit von Unternehmen in bestimmten Bereichen erleichtern. Die beiden Verordnungen sehen die Freistellung bestimmter FuE-, Spezialisierungs- und Produktionsvereinbarungen vom Verbot wettbewerbswidriger Vereinbarungen und Verhaltensweisen (Art. 101 Abs. 1 AEUV) vor, da sie nach Einschätzung der Kommission wettbewerbsrechtlich unbedenklich sind. Die Änderungen der Leitlinien über horizontale Zusammenarbeit betreffen insbesondere das Kapitel zur Normung sowie einen neuen Abschnitt zum Informationsaustausch.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1702&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RAT BESCHLIESST AUSLAUFEN DER STEINKOHLEBEIHILFEN IM JAHR 2018

Der Rat (Wettbewerbsfähigkeitsrat) hat am 10.12.2010 beschlossen, dass Steinkohlebeihilfen bis zum Jahr 2018 gewährt werden können. Die Kommission hatte ihren Vorschlag für eine entsprechende Verordnung zuvor geändert und ist von der ursprünglichen Variante abgewichen, die ein Auslaufen bereits im Jahr 2014 vorsah.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/118408.pdf

EP FORDERT STÄRKERE EINBEZIEHUNG DER LOKALEN EBENE BEI DER GESTALTUNG DER EU-REGIONALPOLITIK

Das EP hat am 14.12.2010 zwei Initiativberichte verabschiedet, die sich mit verschiedenen Aspekten der Regionalpolitik befassen. Der Bericht von *Ramona Manescu*, MdEP (ALDE, Rumänien) betrifft das Regelungssystem der Regionalpolitik („good governance“) und fordert eine effektivere Kontrolle der Regionalpolitik durch die Kommission bei gleichzeitig stärkerer Rolle von Regionen und der lokalen Ebene. Der Bericht von *Petru Luhan*, MdEP (EVP, Rumänien) befasst sich mit der Bedeutung von territorialer, sozialer und wirtschaftlicher Kohäsion für die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU und betont insbesondere die Notwendigkeit, verschiedene EU-Förderinstrumente, wie Regionalpolitik und Forschungsförderprogramme, besser aufeinander abzustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101213IPR09429/html/Parliament-calls-for-regional-policy-with-more-local-involvement>



VERORDNUNGSENTWURF DER KOMMISSION: FRIST FÜR DIE VERWIRKLICHUNG DES EINHEITLICHEN EURO-ZAHLUNGS-VERKEHRSRAUMS (SEPA)

Die Kommission hat am 16.12.2010 einen Verordnungsvorschlag zur Verwirklichung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) veröffentlicht. Der Verordnungsvorschlag sieht EU-weit geltende Enddaten für die Umstellung der nationalen Überweisungen und Lastschriften auf die unlängst geschaffen Instrumente des einheitlichen EURO-Zahlungsverkehrsraums vor. Enddatum für die Verwirklichung des einheitlichen EURO-Zahlungsverkehrsraums soll für Überweisungen 12 Monate und für Lastschriften 24 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung sein. Ab diesem Zeitpunkt werden die bisherigen Kontonummern und Bankleitzahlen also verbindlich durch IBAN und BIC ersetzt. Die Umstellung auf SEPA-Überweisungen und -Lastschriften betrifft dabei nicht nur grenzüberschreitende Zahlungsvorgänge, sondern auch rein nationale Sachverhalte. Die Verordnung muss noch von Rat und EP angenommen werden (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1732&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

EP BESCHLIESST ÄNDERUNG DER VERORDNUNG ÜBER RATING-AGENTUREN

Am 15.12.2010 hat das EP Änderungen der Verordnung 1060/2009/EG über Ratingagenturen zugestimmt, mit denen die Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA) autorisiert wird, eine unmittelbare Aufsicht über Ratingagenturen auszuüben und diese bei Verstößen gegen geltendes Recht mit Geldbußen zu belegen; je nach Schwere des Verstoßes werden Geldbußen in Höhe von bis zu 20 % des Vorjahresumsatzes möglich sein. Weiterhin wird die ESMA ermächtigt, unangemeldete Durchsuchungen vorzunehmen. Der Rat muss der Änderungsverordnung noch zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101215IPR10130/html/EU-watchdog-placed-at-the-heart-of-credit-rating-agency-supervision>

KONSULTATION ZU MÖGLICHEN GESETZLICHEN ÄNDERUNGEN DES EU-RECHTSRAHMENS FÜR INVESTMENTFONDS

Die Kommission hat am 14.12.2010 eine Konsultation zur Überarbeitung der



Richtlinie 2009/65/EG betreffend Investmentfonds in Form sog. „Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren“ (OGAW) eingeleitet, mit der Möglichkeiten eines besseren Investorenschutzes erörtert werden sollen. Hintergrund sind die Finanzkrise und insbesondere die aufgedeckten Betrugsgeschäfte des US-Investors *Bernard Madoff*. Dazu sollen insbesondere die Vorschriften über die Rolle der OGAW-Verwahrstellen überarbeitet werden, etwa hinsichtlich der Anforderungen an Auswahl, Haftung und Überwachung. Daneben spielen – in Übereinstimmung mit anderen Initiativen der Finanzmarktregulierung – Überlegungen zu Vergütungsregeln für OGAW-Verwalter eine zentrale Rolle, um Fehlanreize zum Eingehen exzessiver Risiken zu verhindern.

Webseite zur eingeleiteten Konsultation:

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/ucits_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATS VOM 13.-14.12.2010 IN BRÜSSEL

Auf dem Agrarrat wurden Fischerei- und Landwirtschaftsthemen besprochen. Im Bereich Landwirtschaft wurden die Agrarminister zum Thema Milchmarkt informiert. Die meisten Delegationen begrüßten den von Agrarkommissar *Cioloş* vorgestellten Vorschlag zu „Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milcherzeugnisse“ (s. hierzu Beitrag zum „Milchpaket“ in diesem EB). Auch über den Vorschlag der Kommission zur „Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse“ wurden die Delegationen in Kenntnis gesetzt (s. hierzu Beitrag zum „Qualitätspaket“ in diesem EB). Der Rat hielt die erste politische Debatte über die Mitteilung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis 2020. Die Debatte war von der Präsidentschaft um die Fragestellung der rentablen Nahrungsmittelproduktion strukturiert, dem erstem der drei Hauptziele in der Kommissionsmitteilung. Die folgende ungarische Ratspräsidentschaft wird die Ergebnisse dieser und zweier weiterer Diskussionen im Januar und Februar 2011 nutzen, um Ratschlussfolgerungen zur Annahme im März vorzubereiten. Die belgische Delegation informierte über die wesentlichen Schlussfolgerungen des Reflexionstags „Der Schweinefleischsektor bis 2020“ (s. EB 21/2010).

Weitere Informationen zum Thema unter:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/18455.pdf



„MILCHPAKET“ DER KOMMISSION VOR EP-AGRARAUSSCHUSS VORGESTELLT

Die Kommission hat am 09.12.2010 einen Legislativvorschlag zu „Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milcherzeugnisse“ angenommen. Agrarkommissar *Cioloş* stellte den Vorschlag der Kommission im Agrarausschuss des EP vor. Die Vorschläge zögen die Lehre aus der Krise des Milchsektors im Jahr 2009 und sollten den Milcherzeugern, auch nach dem Auslaufen der Milchquote im Jahr 2015, eine Perspektive für die Zukunft bieten. Ziel der Vorschläge sei es, die Stellung der Milcherzeuger in der Milchversorgungskette zu festigen und den Sektor auf eine stärkere Marktorientierung vorzubereiten. Die Maßnahmen sollten bis 2020 laufen und bis dahin (in den Jahren 2014 und 2018) zwei Zwischenprüfungen unterzogen werden.

Weitere Informationen zum Thema unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/milk/index_de.htm

KOMMISSIONSVORSCHLAG: QUALITÄTSREGELUNGEN FÜR AGRAR- ERZEUGNISSE

Das sogenannte „Qualitätspaket“ wurde am 10.12.2010 von der Kommission angenommen. Es soll Landwirte dabei unterstützen, Qualität, Merkmale und Eigenschaften eines Agrarprodukts besser zum Ausdruck zu bringen und gleichzeitig eine angemessene Information des Verbrauchers sicherstellen. Die Vorschläge (1) präzisieren und vereinfachen das bestehende Qualitätsprogramm für geographische Angaben und garantiert traditionelle Spezialitäten, (2) schaffen Leitlinien für die freiwillige Kennzeichnung von Erzeugnissen mit Zutaten geographischer Angaben, (3) enthalten Grundlagen für Vermarktungsnormen und für die Ausweitung der obligatorischen Angabe des Erzeugungsortes auf weitere Agrarsektoren und (4) geben Regeln für die Funktionsweise freiwilliger Zertifizierungssysteme. Diese Bestimmungen waren bisher in verschiedenen Einzelvorschriften geregelt.

Weitere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/policy/quality-package-2010/index_de.htm



RAT NIMMT BEIHILFEREGELUNG DES DEUTSCHEN BRANNTWEIN-MONOPOLS AN

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat am 10.12.2010 eine Verordnung angenommen, welche die Verordnung 1234/2007 (Verordnung über die einheitliche gemeinsame Organisation der Agrarmärkte) hinsichtlich der Beihilferegulierung im Rahmen des deutschen Branntweinmonopols verändert. Die Veränderung, welche die Gewährung staatlicher Beihilfen im begrenzten Umfang erlaubt, tritt am 01.01.2011 in Kraft, nachdem die gegenwärtig gültige Ausnahmeregelung am 31.12.2010 ausläuft. Dies folgt aus der Einigung in erster Lesung mit dem EP.

Beschluss des Wettbewerbsfähigkeitsrats unter:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/118426.pdf

EPA: IM WESENTLICHEN BIOLOGISCHE ZÜCHTUNGSVERFAHREN SIND NICHT PATENTIERBAR

Die Große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts (EPA) hat am 09.12.2010 ihre Entscheidung in den Fällen „Brokkoli und Tomate“ veröffentlicht. Sie kommt zu dem Schluss, dass „im Wesentlichen biologische Verfahren“, die sexuelle Kreuzungsschritte im Bezug auf das gesamte Genom beinhalten, sowie die folgende Auswahl der resultierenden Pflanzen durch die Züchter nach dem Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ) nicht patentierbar sind. Auch die bloße Verwendung von technischen Verfahrensschritten zur Durchführung bzw. Unterstützung von Verfahren der sexuellen Kreuzung von Genomen von Pflanzen und der nachfolgenden Selektion der Pflanzen heben den Ausschluss von der Patentierbarkeit nicht auf.

Weitere Informationen unter:

http://www.epo.org/topics/news/2010/20101209a_de.html

EP VERLANGT STRIKTE UMSETZUNG DES VERBOTS DER KÄFIGHALTUNG VON LEGEHENNEN

Am 16.12.2010 fand im EP-Plenum in Straßburg eine Debatte zum Schutz von Legehennen statt. Es bestand weitgehende Einigkeit, dass das völlige Verbot der traditionellen Käfighaltung von Legehennen ab dem 01.01.2012 strikt umgesetzt werden müsse. Eine Verlängerung der Übergangsfrist für Unternehmen, die nicht auf neue Haltungsmethoden umgestellt hätten, dürfe es



nicht geben, weil dies zu Wettbewerbsverzerrungen führe. Es seien eine strikte Überwachung der Umsetzung der Regelungen und notfalls Sanktionen erforderlich.

Entschließung des EP unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0493+0+DOC+XML+V0//DE>

„BEFRISTETER GEMEINSCHAFTSRAHMEN FÜR STAATLICHE BEIHILFEN“ VERLÄNGERT

Die Kommission hat am 01.12.2010 die Regelung, die es Mitgliedstaaten gestattet, Landwirten befristet staatliche Beihilfen von bis zu 15.000 € je Betrieb zu zahlen, verlängert. Im Rahmen des befristeten Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen können bis Ende März 2011 staatliche Unterstützungen beantragt und bis Ende 2011 von den Mitgliedstaaten bewilligt werden.

KOMMISSION GENEHMIGT FINANZHILFEN ZUR SCHÄDLINGSBEKÄMPFUNG

Im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCoFCAH) wurde eine Entscheidung zur Verteilung von 7 Mio. € an Programme zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen in sechs Mitgliedstaaten (Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern und Portugal) getroffen. Die Programme werden von den Mitgliedstaaten ko-finanziert.

KOMMISSION GENEHMIGT PROGRAMME ZUR ABSATZFÖRDERUNG

Sieben neue Programme zur Informations- und Absatzförderung von Agrarergebnissen in Drittländern wurden am 08.12.2010 von der Kommission genehmigt. Gefördert werden geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.), geschützte geographische Angaben (g.g.A.), Wein, Obst, Gemüse, Fleisch, Spirituosen und Olivenöl aus Griechenland, Italien, Polen und Portugal. Die EU stellt insgesamt 10,9 Mio. € (50 % des Gesamtbudgets der Programme) dafür bereit.

Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1682&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



EUROPÄISCHE VEREINBARUNG ÜBER ALTERNATIVEN ZUR KASTRATION VON SCHWEINEN

Die Kommission hat am 16.12.2010 die „Europäische Vereinbarung über Alternativen zur chirurgischen Kastration von Schweinen“ begrüßt, die auf ihre Initiative und die der belgischen Ratspräsidentschaft hin zustande gekommen ist. Vertreter der europäischen Bauern und der Fleischindustrie, Händler, Wissenschaftler, Tierärzte und Tierschutzorganisationen erklären darin, bis 01.01.2018 die chirurgische Kastration von Schweinen beenden zu wollen. Als erster Schritt sollen ab dem 01.01.2012 chirurgische Kastrationen von Schweinen nur noch unter verlängerter Analgesie und/oder Anästhesie durchgeführt werden. Eine europäische Partnerschaft soll dabei helfen, die für dieses Ziel nötigen Instrumente zu entwickeln. Die unterzeichnete Vereinbarung, die erste dieser Art auf EU-Ebene zum Tierschutz, ist eine offene Einladung an alle Akteure im europäischen Schweinesektor, sich dieser freiwilligen Initiative anzuschließen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/initiatives_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

KOMMISSION: EUROPÄISCHE PLATTFORM GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG VORGESTELLT

Die Kommission hat am 16.12.2010 die „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“, eine der sieben Leitinitiativen der Europa 2020-Strategie, vorgestellt. Mit der Mitteilung sollen Mitgliedstaaten Möglichkeiten aufgezeigt werden, um gezielt gegen soziale Ausgrenzung vorzugehen. Die Kommission will die Bemühungen der Mitgliedstaaten unterstützen und hat angekündigt, u.a. in den Politikbereichen Sozialschutz, Beschäftigung und Bildung Maßnahmen zu ergreifen und EU-Mittel zur Verfügung zu stellen. Zudem sollen neue Partnerschaften gefördert werden, um Armut durch soziale Innovationen zu bekämpfen. Die Initiative steht im Kontext des sog. „Armutziels“, wobei bis zum Jahr 2020 die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen um mindestens 20 Millionen reduziert werden soll, sowie des Europäischen Jahrs zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9636_de.htm



EP FORDERT STÄRKERE EINBEZIEHUNG DER LOKALEN EBENE BEI DER GESTALTUNG DER EU-REGIONALPOLITIK

Das EP hat am 14.12.2010 zwei Initiativberichte verabschiedet, die sich mit verschiedenen Aspekten der Regionalpolitik befassen. Der Bericht von *Ramona Manescu*, MdEP (ALDE, Rumänien) betrifft das Regelungssystem der Regionalpolitik („good governance“) und fordert eine effektivere Kontrolle der Regionalpolitik durch die Kommission bei gleichzeitig stärkerer Rolle von Regionen und der lokalen Ebene. Der Bericht von *Petru Luhan*, MdEP (EPP, Rumänien) befasst sich mit der Bedeutung von territorialer, sozialer und wirtschaftlicher Kohäsion für die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU und betont insbesondere die Notwendigkeit, verschiedene EU-Förderinstrumente, wie Regionalpolitik und Forschungsförderprogramme, besser aufeinander abzustimmen (s. hierzu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101213IPR09429/html/Parliament-calls-for-regional-policy-with-more-local-involvement>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT STÄRKERE UNTERSTÜTZUNG DES BREITENSPO RTS DURCH DIE EUROPÄISCHE UNION

Das EP hat am 16.12.2010 eine Erklärung über eine stärkere Unterstützung des Breitensports durch die EU angenommen, mit der Kommission und Mitgliedstaaten aufgefordert werden, den Breitensport zu fördern, seine Bildungs- und Integrationsfunktion zu stärken und ab 2012 genügend Mittel für das EU-Sportprogramm sicherzustellen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0498+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EUROPÄISCHER FORSCHUNGSRAT (ERC): NEUE REGELN FÜR DIE EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN

Die Kommission hat nach monatelangen intensiven Beratungen am 09.12.2010 die überarbeitete Fassung der ERC-Regeln für die Einreichung von Vorschlägen angenommen. Durch den Beschluss wurden die bestehenden



ERC-Regeln auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen mit der Umsetzung des spezifischen Programms „Ideen“ geändert. Dabei wurden auch Änderungen von EU-Rechtsvorschriften und ausdrückliche Wünsche des Wissenschaftlichen Rates des Europäischen Forschungsrates berücksichtigt. Die geänderten ERC-Regeln ermöglichen es im Sinne der Vereinfachung und Entbürokratisierung, die administrativen Verfahren zu verbessern.

Amtsblatt der Europäischen Union (ABl. L 327/51 vom 11.12.2010):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:327:0051:0070:DE:PDF>

NÄCHSTER HALBER SCHRITT: EP UNTERSTÜTZT EUROPÄISCHES KULTURERBE-SIEGEL

In seiner Plenarsitzung am 16.12.2010 hat das EP die Initiative unterstützt, Denkmäler und Stätten im ländlichen oder städtischen Raum, Stätten von archäologischer oder kultureller Bedeutung mit einem europäischen Kulturerbesiegel auszuzeichnen. Das EP stimmte damit im Mitentscheidungsverfahren einem diesbezüglichen Vorschlag der EU-Kommission zu. Das Kulturerbesiegel soll europäische Identität stiften und die ausgezeichneten Stätten als touristische Ziele bekannter machen.

Legislative Entschließung des EP vom 16.12.2010:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0486+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EUROPÄISCHE GRUPPE FÜR ETHIK ERHÄLT BAYERISCHEN ZUWACHS

Die Europäische Gruppe für Ethik (EGE) kann ein neues Mitglied aus Bayern in ihren Reihen begrüßen: Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* ernannte *Prof. Dr. Peter Dabrock*, Inhaber des Lehrstuhls für Systematische Theologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, zu einem der 15 Fachleute, die ihm bis 2015 bei ethischen Aspekten in der Forschungspolitik beratend zur Seite stehen werden. Das 1998 eingeführte unabhängige, weltanschaulich plurale und multidisziplinäre Gremium berät im Auftrag der Kommission oder bereitet eigeninitiativ Stellungnahmen zu ethischen Fragen der synthetischen Biologie, Nanomedizin, Lebensmittelproduktion, Stammzellenforschung sowie zu genetischen Untersuchungen vor.

Internetseite der Europäischen Gruppe für Ethik:



http://ec.europa.eu/european_group_ethics/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

EP-PLENUM VOM 13.-16.12.2010 – ERGEBNISSE AUS DEN BEREICHEN UMWELT UND GESUNDHEIT

Das Plenum des EP hat auf seiner Tagung vom 13. bis 16.12.2010 in Brüssel u.a. einen Bericht zur Überarbeitung des Energieeffizienz-Aktionsplans und sowie eine Entschließung zur Haltung von Legehennen angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0485+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0493+0+DOC+XML+V0//DE>

KONSULTATIONEN ZU LIFE+ UND NATURA 2000 GESTARTET

Die Kommission hat zwei Online-Konsultationen zur zukünftigen Finanzierung der Umweltschutzprogramme LIFE+ und Natura 2000 eröffnet. Mit der Befragung sollen die bisherige Förderpraxis bewertet und gleichzeitig Vorschläge gemacht werden, wie sie in der Zukunft aussehen soll. Die Frist für Eingaben zu LIFE+ endet am 15.02.2011. Für die Befragung zur Finanzierung von Natura 2000, dem Netz von EU-Schutzgebieten, können bis zum 17.02.2011 Eingaben gemacht werden.

Konsultation zu LIFE+:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/life.htm#_en.htm

Konsultation zu Natura 2000:

http://ec.europa.eu/environment/consultations/natura2000_en.htm

EUROPÄISCHE VEREINBARUNG ÜBER ALTERNATIVEN ZUR KASTRATION VON SCHWEINEN

Die Kommission hat am 16.12.2010 die „Europäische Vereinbarung über Alternativen zur chirurgischen Kastration von Schweinen“ begrüßt, die auf ihre Initiative und die der belgischen Ratspräsidentschaft hin zustande gekommen ist. Vertreter der europäischen Bauern und der Fleischindustrie, Händler, Wissenschaftler, Tierärzte und Tierschutzorganisationen erklären darin, bis 01.01.2018 die chirurgische Kastration von männlichen Schweinen bzw. Ferkeln beenden zu wollen. Als erster Schritt sollen ab dem 01.01.2012 chirur-



gische Kastrationen von Schweinen nur noch unter verlängerter Analgesie und/oder Anästhesie durchgeführt werden. Eine europäische Partnerschaft soll dabei helfen, die für dieses Ziel nötigen Instrumente zu entwickeln. Die unterzeichnete Vereinbarung, die erste dieser Art auf EU-Ebene zum Tierschutz, ist eine offene Einladung an alle Akteure im europäischen Bereich der Schweinehaltung, -produktion und -vermarktung, sich dieser freiwilligen Initiative anzuschließen.

http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/initiatives_de.htm

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZUR TELEFONNUMMERN-HARMONISIERUNG FÜR EU-UNTERNEHMEN

Die Kommission leitete am 06.12.2010 eine öffentliche Konsultation zur Frage der Einführung einer EU-weiten einheitlichen Telefonnummer für europäische Unternehmen ein. Hierzu können sich Unternehmer, Verbraucher, Telekommunikationsanbieter und Behörden bis zum 28.02.2011 äußern.

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/library/public_consult/index_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1664&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZUR ÜBERPRÜFUNG DER ROAMINGVERORDNUNG ERÖFFNET

Die Kommission leitete am 08.12.2010 eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Mobilfunk-Roamingvorschriften ein (EB 21/10). Verbraucher, Unternehmen, Telekommunikationsbetreiber und Behörden können sich bis zum 11.02.2011 zu ihren Erfahrungen mit der Roamingverordnung sowie zu möglichen weiteren regulatorischen Schritten äußern. Das Ergebnis der Konsultation soll dann in die spätestens zum 30.07.2011 abzuschliessende Überprüfung der derzeit geltenden Roamingverordnung einfließen. Hierüber hat die Kommission anschließend dem EP und Rat zu berichten.

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/library/public_consult/index_en.htm



EUROSTAT VERÖFFENTLICHT BERICHT ZU INTERNETZUGANG UND INTERNETNUTZUNG IM JAHR 2010

Dem Statistischen Amt der Europäischen Union (EUROSTAT) zufolge verfügten 70 % der Haushalte in den 27 Mitgliedstaaten im ersten Quartal 2010 über einen Internetzugang. Das sind 20 % mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Haushalte mit Breitbandverbindungen hat sich sogar gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und beläuft sich nunmehr auf 61 %.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-QA-10-050/EN/KS-QA-10-050-EN.PDF

KOMMISSION STELLT AKTIONSPLAN ZU BEHÖRDLICHEN ONLINE-DIENSTEN VOR

Zur Umsetzung der Vorschläge aus der Digitalen Agenda hat die Kommission einen eGovernment-Aktionsplan vorgestellt, mit dessen Hilfe bis 2015 die Nutzung elektronischer Behördendienste durch die Bürger um 50 % und durch die Unternehmen um 80 % gesteigert werden soll (EB 10/10). Dabei geht es beispielsweise um die Anmeldung eines Unternehmens, die Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialversicherungs- und Gesundheitsleistungen, die Einschreibung an Universitäten, oder die Beteiligung an Ausschreibungen öffentlicher Verwaltungen für Dienstleistungen oder Warenlieferungen. Zu dieser Thematik sind unter ungarischer Ratspräsidentschaft für 2011 Ratsschlussfolgerungen vorgesehen.

http://ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment/action_plan_2011_2015/index_en.htm